

Schlag-Wörter: Westbindung

Eine Kolumne von Konrad Adam

Seite 2

Urabstimmung zu Euro und Bankenunion

Seite 3

Wahlkampf in Hamburg

Seite 5

Parteitag in Bremen – die AfD setzt neue Maßstäbe

Im Dezember 2014 hat der Bundesvorstand beschlossen, den nächsten Bundesparteitag am Wochenende vom 30. Januar – 1. Februar 2015 abzuhalten. Es sollte ein Mitgliederparteitag werden. Der Auftrag der Vorbereitung und Organisation wurde an die Bundesgeschäftsstelle gegeben, der Startschuss erfolgte: Es konnte losgehen.

Um dem laufenden Wahlkampf in Hamburg noch mehr Schwung zu verleihen, dachte man an die Hansestadt als Tagungsort, doch schnell stellte sich heraus, dass dort alle Säle und Hallen, die mehr als 1.000 Menschen fassen konnten, bereits ausgebucht waren. Was nun? Einerseits musste man dem Auftrag des vorangegangenen Parteitages gerecht werden und einen Mitgliederparteitag durchführen, bei dem erfahrungsgemäß mindestens 1.000 Teilnehmer kommen würden. Andererseits wollte man aufgrund der bevorstehenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg nicht allzu weit entfernt tagen. Man einigte sich schnell auf Bremen, schließlich finden dort im Mai 2015 gleichfalls Bürgerschaftswahlen statt.

Ein Organisationsteam aus der Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit

dem Bremer Landesverband machte umgehend das zentral gelegene Maritim-Hotel am Hauptbahnhof ausfindig, das Kapazitäten bis zu 2.000 Personen anbot. Die Organisation der Details konnten damit beginnen: Technikfirmen wurden abgefragt, die die technische Unterstützung sicherstellen konnten, das bewährte elektronische Abstimmssystem wurde organisiert, Sicherheitskonzepte erstellt, Einladungen an die Mitglieder versandt, die Anmeldefrist wurde satzungskonform auf den 9. Januar 2015 gesetzt.

Drei Wochen arbeitete das Organisations-Team auf Hochtouren, doch dann kam eine in dieser Dimension nicht erwartete Herausforderung: Gegenüber den Erfahrungswerten vom Mitgliederparteitag im Vorjahr in Erfurt (angemeldete Teilnehmerzahl war damals rund 1.300 Personen, am Ende nahmen weniger als 1.000 tatsächlich teil) hatten sich viel mehr Parteifreunde registriert. Mehr als 3000 AfD-Mitglieder haben sich fristgerecht als Teilnehmer gemeldet und damit neue Maßstäbe an den Bundesparteitag einer politischen Partei gesetzt. Was tun? Nun lagen alle Optionen wieder auf dem Tisch, denn das Maritim-Hotel würde nicht mehr ausreichen. Mehrere



Sondersitzungen wurden einberufen. Würden alle angemeldeten Mitglieder auch wirklich kommen? Bundesgeschäftsführer Pazderski benötigte genauere Informationen. Eine Abfrage unter den 3.150 angemeldeten Teilnehmern wurde durchgeführt. So entstand ein klareres Bild.

Unterdessen wurde am 12. Januar 2015 die PEGIDA-Demonstration in Dresden aufgrund einer konkreten Anschlagsdrohung abgesagt. Für den AfD-Parteitag musste nun das Sicherheitskonzept aktualisiert und mit den Sicherheitsbehörden vor Ort abgestimmt werden. Schließlich ist auch in Bremen bereits eine Demonstration gegen die AfD angemeldet worden.

Die Abfrage unter den Teilnehmern erleichterte dann die Entscheidung: Es soll weiterhin im Maritim getagt werden. Lediglich am Samstag, 31. Januar 2015, dem Kerntag des Parteitages, sind zusätzliche Räumlichkeiten hinzugemietet worden. Auf die verschiedenen Orte werden proportional zu den Kapazitäten die Mitglieder und der Bundesvorstand aufgeteilt. Moderne Medien sichern den zeitgleichen Ablauf. Fest steht: Die AfD ist wieder einmal eine Rekordpartei. Noch nie wurde in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein Parteitag mit mehr als 3.000 Mitgliedern abgehalten. Wo kann man so spannende und teilnehmerorientierte Parteitage erleben wie bei der AfD? *cl*



Schlag-Wörter: Westbindung

Westbindung: Das war, zusammen mit dem Begriff Marktwirtschaft, das Schlagwort, mit dem die Bundesrepublik die Konsequenz aus der verheerenden Niederlage zog, die das Land im Zweiten Weltkrieg erlitten hatte. Die Neuorientierung war das Werk Konrad Adenauers, der sich in dieser entscheidenden Frage gegen die Opposition, die unter Führung der SPD Distanz zum Westen halten wollte, durchgesetzt hat.

In Zeiten des Kalten Krieges hieß Westbindung zunächst einmal Schutz durch die militärische Präsenz der Alliierten, allen voran der USA. Einem bekannten Ausspruch zufolge hatte die NATO den dreifachen Zweck, die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten. Das ist vorbei; Deutschland hat sich zum führenden Mitglied einer Wertegemeinschaft entwickelt, die sich auf anderes stützt als auf die Zahl ihrer Divisionen.

Was uns mit Amerika verbindet, ist die politische Kultur des Westens. Die Unabhängigkeitserklärung, die allen Menschen das unveräußerliche Recht auf Freiheit, Gleichheit und das Streben nach Glück garantiert, und die amerikanische Verfassungs-urkunde, die mit den stolzen Worten „We, the people“ beginnt, sind die bekanntesten Zeugnisse dieser gemeinsamen Geschichte.

Aber die Geschichte geht weiter. Sie bildet Traditionen aus, die außerhalb des amerikanischen Kulturkreises anders bewertet werden als innerhalb. Ein bekanntes Beispiel ist die unter Amerikanern weit verbreitete Waffen-Begeisterung, ein Überbleibsel aus der Zeit, in der die Staatsmacht schwach und jeder Siedler für die Verteidigung von Recht und Ordnung, so wie er sie verstand, selbst verantwortlich war.



Konrad Adam

Aber auch anderes wie die Begeisterung für affirmative action oder gender mainstreaming wäre hier zu nennen. Auch diese Erzeugnisse der political correctness sind amerikanischen Ursprungs - und innerhalb der AfD nicht sonderlich beliebt. Der irritierende Versuch, menschenrechtswidrige Verhörmethoden mit dem Argument zu rechtfertigen, sie hätten „was gebracht“, haben die Beziehungen zwischen Europa und den USA in letzter Zeit noch einmal schwer belastet.

Differenzen unter Geschäftspartnern sind nicht ungewöhnlich, im politischen Geschäft schon gar nicht. So lange sie nicht an die Substanz gehen, sind sie auch nicht gefährlich; sie sollten nur offen an- und ausgesprochen werden. In solchen Fällen Geschlossenheit um jeden Preis zu verlangen ist genauso unangebracht wie der Wunsch, die alte und bewährte Gemeinschaft kurzerhand aufzukündigen.

Politischer Aschermittwoch

MÜNCHEN.

2014 war der Politische Aschermittwoch der AfD bereits ein sensationeller Erfolg. Hervorragend besucht und medial sehr gut wahrgenommen war er eines der Highlights des Jahres.

Am 18.2.2015 gehen wir deshalb in die zweite Runde. Osterhofen in Niederbayern wird wieder der Veranstaltungsort sein. Tolle Redner, knackige Aussagen, mediale Präsenz und gute Stimmung werden den Tag wieder zu einem Highlight werden lassen.

Melden Sie sich jetzt an (Email: aschermittwoch@afdbayern.de), auch wenn jetzt erst noch andere Themen im Vordergrund stehen, die Plätze sind wie letztes Jahr begrenzt.

Wir würden uns sehr freuen, Sie zu unserem Aschermittwoch begrüßen zu dürfen.

Mut zur Wahrheit.

Politischer Aschermittwoch

18.2.2015 | 10 Uhr

mit

Bernd Lucke

MdEP, Bundessprecher

Andre Wächter

Landesvorsitzender, Städterrat in München

Verena Brüdigam

Mitglied im Bundesvorstand

Donau Center Schubert
Donau-Gewerbehof 24
94486 Osterhofen

10 - 14 Uhr (Einlass 8:30 Uhr)

Musikalische Unterhaltung:
www.kohlhofmusikanten.de

Alternative

für
Deutschland

Anmeldung unter:
aschermittwoch@afdbayern.de

www.afdbayern.de

Urabstimmung zu Euro und Bankenunion erfolgreich abgeschlossen

Mehr als 4000 Parteifreunde haben sich Online oder per Briefwahl an der Urabstimmung der AfD zu Euro und Bankenunion beteiligt. Sie fand zwischen dem 22. Dezember 2014 und dem 18. Januar 2015 statt. Die Mitglieder der AfD bekräftigten darin u.a., dass die Eurokrise ohne eine Auflösung des Euros, ohne eine Wiedereinführung nationaler Währungen oder eine Aufspaltung des Euro in kleinere Währungsverbände nicht lösbar ist. Die AfD fordert zugleich eine Änderung der Europäischen Verträge, so dass Deutschland ein Austrittsrechts aus dem Euro erhält und die Übernahme fremder Staats- und Bankenschulden ohne jede Ausnahme verboten ist.

Insgesamt nahmen 3.582 Parteifreunde Online und 479 Parteifreunde per Briefwahl an der ersten Urabstimmung der AfD teil. Das entsprach 19,7% der Mitglieder zum Stichtag 1. Dezember 2014. Von den abgegebenen gültigen Stimmen sprachen sich 97,7% für den zur Abstimmung

stehenden Text aus, 1,2% lehnten ihn ab, 1,1% enthielten sich. Damit ist der Text angenommen worden. Den genauen Wortlaut und das detaillierte Abstimmungsergebnis finden Sie unter dem

Link: <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2015/01/Ergebnis-Urabstimmung-zu-Euro-und-Bankenunion.pdf>

Besonderer Dank geht an die Mitglieder der Abstimmungskommission, die entsprechend einem Beschluss des Bundesvorstands zu den Ausführungsbestimmungen der Urabstimmung vom vorsitzenden Richter des Bundeschiedsgerichts benannt worden waren. Hugh Bronson, (stellvertretender Sprecher Landesverband Berlin), Manuel Feise (Vorsitzender Landesschiedsgericht



Die Abstimmungskommission

Berlin) und Dirk-Fabian Lange (Justiziar der AfD) waren zur Feststellung des Ergebnisses in die Bundesgeschäftsstelle gekommen, wo sie von Mitarbeitern bei der Auszählung der Briefwahlstimmen unterstützt wurden. *re*

AfD-Urabstimmung - Luckes Anti-Euro-Kurs findet große Zustimmung
AfD-Chef Bernd Lucke hat für seinen Anti-Euro-Kurs eine breite Rückendeckung innerhalb seiner Partei bekommen. In einer Urabstimmung stimmten nahezu alle Mitglieder für eine Abkehr von der Gemeinschaftswährung. Handelsblatt online, 23.01.2015

Ziel (fast) erreicht: Bilanz der Mitgliederoffensive 2014

2000 neue Mitglieder soll die AfD zwischen dem 15. September und dem 15. Dezember 2014 aufnehmen: so lautet das Ziel der Mitgliederoffensive 2014 nach den erfolgreichen Wahlen des letzten Jahres. Jetzt steht fest: das Ziel ist zu 98% erfüllt worden. Insgesamt traten in den drei Monaten der Mitgliederoffensive 2014 nicht weniger als 1958 Männer und Frauen der AfD bei. Dass sich die Mitgliederzahl nicht genau um diese Zahl erhöht hat, lag daran, dass zugleich 571 Personen, aus der AfD ausgeschieden sind. 20.408 Mitglieder verzeichnete die AfD am 15. Dezember 2014. Mit Förderern sind es sogar über 22.000. Inzwischen sind es schon wieder einige mehr. Alle Landesverbände konnten Neumitglieder verzeichnen. In absoluten Zahlen lagen die

einwohnerstarken Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg vorne. Aber gemessen an der bisherigen Mitgliederzahl konnten auch Thüringen, Niedersachsen, Berlin und das Saarland kräftig punkten.

Bis Ende Dezember 2014 sind bereits über 400 „Willkommenspakete“ mit Informations- und Werbematerialien an neue Mitglieder verschickt worden. Weitere werden in den nächsten Wochen noch folgen. Zudem steht die Verlosung der Teilnahme an einem Informationsbesuch bei den AfD-Abgeordneten im Europaparlament an. Wir wollen einigen neuen Mitgliedern und denen, die sie geworben haben, die Chance für ein Besuchsprogramm in Brüssel bieten.



Im Monat Februar werden die freien Plätze für die Informationsreise nach Brüssel verlost.

Wir danken allen, die in den letzten Monaten als Neumitglied in die AfD eingetreten sind. Wir danken aber auch allen Parteifreunden, die durch neue Mitglieder für die AfD geworben haben und weiterhin werben. Wir zählen auf Sie alle auch im neuen Jahr. *re*

Fiat Euro et pereat Europa

Das Urteil des „Economist“ aus dem Jahre 2010 gilt nach wie vor: „The greek economy is hopelessly uncompetitive.“ Griechenland kann weder jetzt noch in Zukunft seine Schulden bedienen und zurückzahlen. Es hat sich in einen Zombie-Staat verwandelt, der am Tropf internationaler Finanzzuweisungen hängt. Gleichgültig wie die Wahl in Griechenland ausgeht, eine Politik des „weiter so“ wird Griechenland noch tiefer in die Schuldenfalle stoßen. Was ist zu tun? Brüssel sieht die Eurozone als eine Schicksalsgemeinschaft, aus der es keine Entlassung gibt, während die deutsche Bundesregierung ein Ausscheiden Griechenlands nicht ausschließen will. Auch wenn es sich hier um ein taktisches Spiel handeln sollte, wem das Schicksal Griechenlands und Europas am Herzen liegt, muss beide Optionen sorgfältig prüfen.

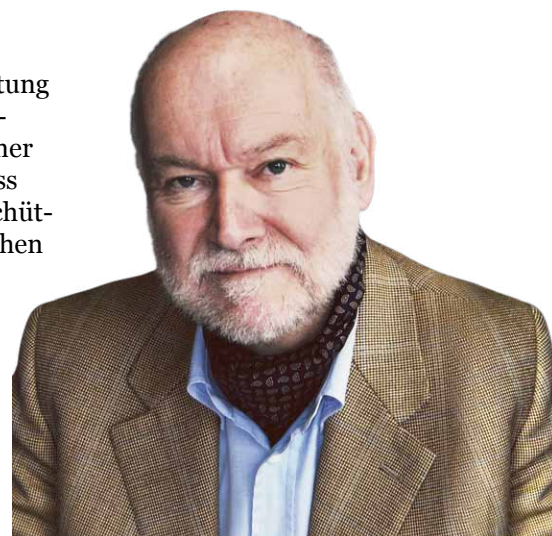
Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, hat bereits Bereitschaft zu Kompromissen bei Verhandlungen mit jedweder griechischen Regierung signalisiert. Die Griechen wollen die lästige Troika und die damit verbundenen stabilitätspolitischen Regeln loswerden sowie substantielle Erleichterungen beim Schuldendienst erreichen. Martin Schulz, aber auch Jean Claude Juncker und alle notleidenden Schuldnerstaaten würden sofort für den Abzug der Troika stimmen. Sie reden bereits jetzt einer flexiblen Auslegung des Stabilitätspaktes das Wort, was in Wirklichkeit Aufweichung heißt. Wenn sie Griechenland aus der Aufsicht der Troika entlassen, werden auch die anderen notleidenden Schuldnerstaaten das Joch finanzpolitischer Austeritätspolitik abschütteln wollen. Es steht zu befürchten, dass bei einem Verbleib Griechenlands in der Eurozone die Währungsunion endgültig in eine Haftungsgemeinschaft rutscht.

Ein Ausscheiden einzelner Mitgliedstaaten aus der Eurozone, um mangelnde internationale Wettbe-

werbsfähigkeit über eine Abwertung der nationalen Währung wettzumachen, haben die Politiker bisher verworfen, weil sie glaubten, dass dann die gesamte Eurozone erschüttert werde und auseinanderbrechen könne. Stattdessen wurden die Abwertungskandidaten zu einer schmerzlichen internen Abwertung – Kürzung von Sozialleistungen, Lohnsenkungen und Steuererhöhungen – gezwungen. Wie stark die Völker darunter leiden, kann man immer wieder im Europäischen Parlament hören. Inzwischen ist das Ausscheiden aus der Eurozone aber eine mögliche Option geworden. Die früheren Wackelkandidaten seien wirtschaftlich genügend gesund, so heißt es; der Europäische Stabilitätsmechanismus sei etabliert und die bereits geltenden Regeln der Bankenunion könnten dem Straucheln einzelner Banken vorbeugen. Der früher vermutete Dominoeffekt werde ausbleiben.

Die möglichen Konsequenzen einer Rückkehr zur Drachme und einer möglichen Abwertung können nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden. Vor allem eine verlässliche nationale Geld- und Finanzpolitik werden eine zentrale Rolle spielen. Eine Abwertung mindert wie höhere Steuern und Kürzungen von Sozialleistungen die nationale Kaufkraft; der Unterschied zur internen Abwertung besteht darin, dass der Nachfrageausfall rasch durch zunehmende ausländische Kaufkraft kompensiert wird. Auch fließt privates Kapital zu, weil die Standortkosten gesunken sind.

Doch wird zu bedenken gegeben, dass die an Griechenland ausgereichten Kredite abgeschrieben werden müssten. Entsprechend dem deutschen Anteil am Eigenkapital der EZB in Höhe von 27 % müsse im Bundeshaushalt mit einem Ausfall von 49 Mrd. Euro gerechnet werden. Doch sind diese Verluste längst entstanden, sie werden jetzt erst offenbar und würden bei längerer Verweildauer



Joachim Starbatty, MdEP

Griechenlands in der Eurozone noch zunehmen. Auch wird eingewandt, dass die Auslandsverschuldung Griechenlands bei einer Abwertung der Drachme ansteige. Rein rechnerisch ist das richtig. Aber wie sagt der Volksmund: Einem nackten Mann kann man nicht in die Tasche greifen. In einer Schuldenkonferenz wird über Schuldenquote, Zinshöhe, Fristen und Sicherheiten verhandelt werden müssen. Auch über die Zuführung frischen Kapitals wird nachgedacht werden müssen, damit Griechenland Güter und Dienstleistungen, aber nicht Arbeitskräfte exportiert.

Wäre Griechenland bereits 2010 aus der Eurozone ausgeschieden und hätten die ausgereichten Kredite als Anschubfinanzierung gedient, so stünden heute dieses Land und die gesamte Eurozone besser da. Doch wird Brüssel für den Verbleib votieren und alles tun, um die Eurozone zusammenzuhalten, „what ever it takes“. Hieß es im alten Rom: „Fiat iustitia et pereat mundus – Möge die Gerechtigkeit obsiegen, auch wenn die Welt zugrunde gehe“, so gilt heute in Brüssel: „Fiat Euro et pereat Europa – Möge der Euro überleben, auch wenn Europa zugrunde gehe.“

Wahlkampf in Hamburg

Der Wahlkampf in Hamburg läuft auf Hochtouren. Seit letzten Freitag dürfen wir auch Slogan-Plakate stellen. Dabei haben wir tolle Unterstützung aus anderen Bundesländern, für die wir uns herzlich bedanken.

Leider haben wir in Hamburg eine hohe Verlustrate durch gestohlene und beschädigte Plakate, teilweise 80% innerhalb weniger Tage, manchmal Stunden. Das geht gezielt gegen die AfD. Täter sind vermutlich sowohl die linken Chaoten, von denen Hamburg reichlich hat (deshalb stellen wir in bestimmten Stadtteilen gar keine Plakate mehr auf) als auch unsere direkten Konkurrenten um Stimmen. Typisch ist „Wo heute ein AfD-Plakat steht, steht morgen ein CDU-oder FDP-Plakat“. Aber ich will natürlich niemanden beschuldigen. In einigen Fällen haben wir allerdings auch schon Evidenz in Form von Fotos.

Ich mache zur Zeit viele Podiumsdiskussionen in Schulen. Dabei weht der AfD ein heftiger Wind entgegen, den insbesondere die linken, grünen und freidemokratischen Vertreter noch

heftig anfeuern. Oft geht es dabei um Pegida. Obwohl inzwischen wohl jeder die Untersuchung von Prof. Vorländer von der TU Dresden kennen dürfte (54% nehmen an Pegida teil wegen „Unzufriedenheit mit der Politik“, weitere 20% wegen „Kritik an Medien und Öffentlichkeit“), wird Pegida (der ausgeschriebene Titel ist auch wirklich dämlich) weiter in die ausländischerfeindliche Ecke gestellt, und die AfD gleich mit. Starke Kritik ernten wir auch für die Programm-Forderung „Lehrerinnen sollen im Unterricht kein Kopftuch tragen“.

Die FDP wird in Hamburg von der Presse zur Zeit gezielt „hochgeschrieben“. Angeblich geben die Umfragen ihr inzwischen wieder 4%, was Hoffnungen erzeugen soll, sie könnte die 5%-Hürde überwinden. Das wäre sehr nachteilig für die zukünftige Entwicklung. Wir müssen zur Zeit auf dem „liberalen Wählermarkt“ um Stimmen kämpfen.

*Prof. Dr. Jörn Kruse,
Spitzenkandidat Hamburg*

Impressum & Kontakt.

V.i.S.d.P.: Christian Lüth

Alternative für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Schillstraße 9
10785 Berlin

Sie erreichen uns telefonisch von Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 17 Uhr unter (030) 265 583 7-0 bzw. per E-Mail unter bundesgeschaeftsstelle@alternatiefuer.de

Spendenkonto

IBAN: DE 16518500790027115551
BIC: HELADEF1FRI
Sparkasse Oberhessen
Betreff: Spende



HAMBURG MUSS HANDELN.

X 15.02.2015

Prof. Jörn Kruse

Alternative für Deutschland